

Dru^g und Verlag: Rudolf Messe in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 67

**Donnerstag
13. Februar 1919**

Militärkonvention statt Waffenstillstandes?

Der Oberste Kriegsrat in Paris über die Begrenzung der deutschen Klüsseungen.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

¶ Gest, 12. Februar.

Das „Journal des Débats“ erachtet, der Oberste Briegesrat habe die Notwendigkeit erkannt, die Welt nicht länger unter dem Eindruck eines bessassenen Friedens mit Deutschland zu lassen, sondern zu einem definitiven Frieden zu gelangen. Deshalb habe man die Möglichkeit in Auge gesetzt, auf die andauernden Erneuerungen des Wallensteinsfauses auf verzichten und den neuen Kriegseintritt vom 17. Februar in eine dauernde militärische Konvention zu verwandeln. Diese Militärische Konvention würde den ersten Teil des definitiven Friedens, den später territoriale, wirtschaftliche und politische Bestimmungen hinzugefügt werden sollen. Die militärische Konvention, deren Basis die Begrenzung der deutschen Mächte sein werde, soll den Alliierten gegeben, in einer Weise zu beschließen. Sie wird höchstens dann, wenn deutsche Rüstungen eine definitive Stärke gewinnt, die zweite Methode wäre, von Deutschland die Übergabe in Verlangen, der Deutschland bringen würde, seine Umfang zu verengen, der Deutschland bringen würde, seine offizielle Grenzen zu halten. Sollte die zweite Methode angenommen werden, so werde Deutschland eine gewisse Sicherheit. Aber kein Material ist erforderlich.

~~... aber sein Befehl nicht mehr.~~ K. Gen., 12. Februar.
Wie Sabos meldet, findet heute in der Ungelegenheit der Erneuerung des Waffenstillstandes eine entscheidende Sitzung des Obersten Kriegsrates statt, in der die Kommission ihren Bericht vorlegt wird. Marshall Koch, Petain, Seiss, Berlin und Diaz werden die Sitzung bewohnen.

Der "Blume Kontakt" meldet aus Paris: „folgende Bekanntmachungen sollen für die neue Waffenstillstandsvereinbarung vorgenommen werden: Die Befreiung von Elsan an der Marne und Montfaucon ob Saumur in der Nord- und Orléans; weiterhin werden dem militärischen Kommandeur dieser Divisionen die noch bestehenden Maßnahmen erlassen, deren Dringlichkeit noch beobachtet. Maßnahmen der Sicherung und finanzieller Art. Die Einträge hier deshalb nicht mehr abweichen, obwohl sie sich auf die neue Ressortteilung beziehen, sondern sie wird für das neue Ressortbeauftragte bestimmt. Auf Einsicht der deutschen Delegation wird die Zusammenfassung der beiden Waffenstillstandsvereinbarungen mit dem Weizsäcker den Beratungssitz zum Studium übergeben.““

Hessige Angriffe gegen die imperialistische Politik Clemenceaus.

Die Gerüchte über eine Unterbrechung der französischen Demobilisation.

Telegramm unseres Korrespondenten)

Konf., 12. Februar.

Angesichts der Parit, die die Gerüchte über eine Unterbrechung
der französischen Demobilisierung hervorgerufen haben,
läßt das Reichsministerium diese Radikalität durch die Presse demen-
tieren. Bei Beginn der geistigen Räumung kam es, wie das
"Journal" meldet, deswegen zu einem kurzen Zwischenfall. Die Kommen-
tärs über das Datum der Interpellation fanden über die Demobilisie-
rung bestimmen. Der Abgeordnete Bouet rief mit
frischer Worte aus: „Wir wollen bei dieser Gelegenheit erläutern,
ob wir wirklich demobilisiert oder ob ein neuer Krieg vorber-
teilt wird.“ Die Regierung läßt nun glauben, daß sie einen
neuen Krieg vorbereitet. Es ist jedoch an der Parität, welche die
Landschaft ausgedroben ist. Präsident Deschamps hat, nachdem er
geordnet hat das Wort und die Kammer befiehlt, das Datum der
Westfälischen Interpellation, die eigentlich ungestrichen geblieben
scheint, später festzulegen. In der "Humanité" wird geschrieben:
„menace envers toute Soltur und wegen seines Untersteckens
in der amerikanischen Kriegsschule“ und weiterhin heißt es angekündigt,
„Zwischenfall“ und „Sofort“ erfordert, „eine solche Schande aufzuhören.“

gesichts der Partei, die die Gerüchte über eine Unterbrechung und anfängliche Demobilisierung herverwochen haben. Das Auswärtige Amt und das Auswärtige Amt dieses Radikal durch die Presse demen-
n. Bei Beginn der geistigen Konfrontation kam es wie bei der
"Kriegswahl" mediel, deswegen zu einem kurzen Zwischenfall. Die Zusammen-
fassung über das Datum der Interpellation fälscht über die Demobilisierung
bestimmt. Der Abgeordnete Moutou rief vor
z. Höhe aus: „Wir wollen bei dieser Gelegenheit erahnen,
wieviel demobilisiert oder ob ein neuer Krieg vorbereitet
ist.“ Es ist absurd, dass die Regierung läst uns glauben, daß wir einen
Krieg vorbereitet. Sie ist schuld an der Panik, die wir
ausgebrochen ist. Präsident De Gaulle und sein Team
neuen das Wort und die Kammer bestätigt, das Datum der
offiziellen Interpellation, die gewöhnlich ungelogen ist, seit
dem späten folgen. In den kommunisten wird sich
ceau wegen seiner Haltung und wegen seines Interviews
amerikanischer Presse aufwendend, hingegen nicht anstrengt.
Homologische Worte, die verbleibt, führt die Zeitung
auf, es ist verblüffend, wie sie einige Brände zu bedenken.

einem siegreichen Kriege selbst mit so augenfeindlichen
Vertreibungen arbeitet, um die öffentliche Meinung zu
bewirken. Wenn Clemenceau eine erlöst hat, so führt der
Krieg so demerkt man jetzt, daß es nicht verloren, fügt er
zu schließen. Auf der Konferenz hat er selbst oder durch seine
Folgeren die schwersten Konflikte hervorgerufen. Sie haben
der Hand gegen die Millionen der Vorläufer angegriffen.
Frankreich in imperialistischen Zeiten kommt
so mitteilt und dadurch die gegenwärtige Rivalität hervorgerufen
ist, das durch die Weise die öffentliche Meinung in Deut-
schaft und Erregung verleben läßt, der die Vernichtung
des deutschen Volkes und des Kriegs gegen England produzieren
möchte. Die alliierten Regierungen haben nun bereits die ents-
scheidende Stellung einteilt, und die öffentliche Meinung in Frankreich durch-
aus bald in Empörung auszulösen.

Das neue Reichskabinett.

Telegramm unseres Sonderberichterstatters
Erich Pommerwki.

Erich Dombrowski

Weinsberg 13. Februar

(Folge vom 12. Februar)

Soag, 12. Februar.

Sehr wird gesucht: Was heißt ich selbst, die aus
gegebenen Tatsachen folgen und be-
stimmen über die Politik, die Deutschland gesetzlich
hat, zur Lieberesetzung bringend, sonst ist
keine Verantwortung vorhanden. Das
heißt, es ist verantwortungsvoll, wie man einsetzen
wird, und er ist zuständig einer verhältnißigen Eri-
tzug herstellt. Wenn er nicht gebracht hat, das
denkt ihn untergeordnet, so heißt es noch dazu, das Deutschland wieder
früheren Standpunkt einzunehmen.
Was ist Freundschaft braucht, sonst ent-
wickelt, daß eine Kleinstadt in dem Westen-Hessenlande
wird, die Frankreich und Belgien ein Vorrecht bei
den Kriegsstoffen während der ganzen Kriegszeit
abzieht.

Parties Meldungen belegen, daß verschiedene Wälder d
tion, welche die französischen Preise gegen
der Friedensvereinigung tritt, zu ernst nehmen, daß sie
der Übereinkunft einverstanden in ein neues
Zentrum erneut werde. Es ist immerhin charakteri-
stisch, daß sie notwendig hält, und solche Schiedsrichter

Weimarer Republik, 12. Februar 1919
Eine Woche lang haben die Parteien über die Zusammenstellung des Reichskabinetts in immer neuen Schürgen und interaktionellen Verhandlungen beraten. Nun ist, endlich, ein Kabinett zu gestanden, das dem Wirtschaftsbild der deutschen Nationalversammlung entspricht. Die einzigen Fraktionen der Mehrheit haben offiziell ihre Vertreteren-nauer in das Kabinett entfeindet, und Herr Scheidemann, der Ministerpräsident, der mit der Bildung des Ministeriums vom Präsidenten der Republik beauftragt war, hat eigentlich nichts weiter zu tun, als die von den Parteien erwarteten in einer offenen Form zu schließen. Dieses Versprechen einer Wirtschaftsbildung ist, wie wir schon einmal an dieser Stelle geschrieben, mehrfach und gefährlich ausgelöst. Indem die Parteien, zum Teil durch Mehrheitsmehrheit, auch innerhalb ihrer Fraktionen, die Minister nach einem vorher festgelegten Schleierkabinett ihren wehnen sie dem Ministerpräsidenten die Möglichkeit, eineinheitlich ein homogenes Kabinett zusammenzustellen. Das hat von vornherein durch die Methoden seines Einflusses auf die Auswirkung der Persönlichkeit eines Gesellschaftsvertrages und ihm damit, unter Umständen, auch die Vorstellungung für eine Politik nach einheitlichen Gesichtspunkten genommen. Das neue Kabinett ist infolgedessen eigentlich nichts weiter als der alte interktionale Ausdruck der Reichstagsmehrheit, nur daß die Mitglieder dieses Gemeinschaftsvertrages übernommen haben. Ein so entstandenes Kabinett, in dem es kein eigentliches Haupt gibt, kann leicht, bei auch nur geringer Differenz der einzelnen delegierten Persönlichkeiten, alle jene Merkmale zeigen, die das Ministerium des Bringen von Baden oder der gleichfalls streng partitär zusammengesetzte revolutionäre Staat der Volksbefreiungsträger immer wieder hervorruft: In-handlungsfähigkeit, Zaudern, Schwäche, Passibilität infolge innerer Unliegtheit usw. Das alles hätte, ab ovo geschworen werden können, wenn Herr Scheidemann, wie es in jedem parlamentarisch regierten Lande der Fall ist, sich nach seinem Erntefest die Leute aus den Mehrheitsparteien oder aus politisch gleichgesinnten Kreisen außerhalb des Parlaments ausgeglichen hätte.

Immerhin man wird sich einwenden mit diesem Staude der Dinge abfinden müssen und man kann nur wünschen, daß trotzdem das neue Reichswirtschaftsamt sich als arbeitsfähig erweisen wird. An Gelegenheit dazu mirce es gewiß nicht fehlen. Wie war die Hölle der Aufgaben, die eine deutsche Regierung gesetzte wurde, so überwältigend groß wie dieses Ministerium! Fleisch und Brod füllt sie dem deutschen Volke Gründungszeit, das Reich subgallt, auf neu verfestigungsrechtliche Grundlagen, die Territorialbeherrschung im Heide neu legt, die ungeheuren Finanzlasten auf sozialen Grundlagen aufzurichten, bahnbrechend eine Sozialisierungspolitik in Deutschland zu kreieren und, nicht zuletzt, das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen und die sojiale Politik weiter auszubauen. Es wird bei allen herren Künste geben. Ganz besonders aber wird um die Territorialneuordnung im Deutschen Reich gekämpft werden. Paritätisch-rechtliche Tendenzen machen sich nicht bloß in Weimar geltend, die am liebsten das alte deutliche Kleinstaatentum der vorrevolutionären Zeit wieder aufließen lassen möchten. Das Programm, das morgen bei der Nationalversammlung von Herrn Scheidemann bei der Befreiung des Ruhrbezirks berufen werden wird, berührt hierfür die meisten der hier angekündigten Probleme. Herr Ebert, der Reichspräsident, betonte heute bei einem Empfang der Kreise in einer Ansprache, daß das Programm ein solides Kompositum der drei Parteien, des alten Sozialdemokratie, der Demokratischen Partei und des Zentrums, darstelle. Es bringe vor allem den Gedanken der Demokratie und Verfaßtheit und unverfaßt zum Ausdruck. Ratschul hat auch die Sozialdemokratie, hütte er fortwährend partizipative Prinzipien hineingebracht. Das sei für die Fortdauer der Sozialisierung genügend, reichlich monopoliistisch geprägter Gewerbezuwachs, die Vergleichsfestigung der Bergwerke und der Energie. Man mag uns erinnern, daß die vorsichtige schrittweise Sozialisierung ob der Verstaatlichung der Montanindustrie schon vom vorrevolutionären Staate des Werkzeugstaates in Aussicht genommen war, um für einen Einfluß auf die Produzenten und Importeure der Montanindustrie zu sorgen. Gest vor etwa zwei Jahren hat die preußische Regierung das große Gesetzprojekt Bergeverwaltung „Hibernal“ faulig gemacht, und die Staatschule in Jüden zum Beispiel. Teil seit Jahr und Tag Eigentum des preußischen Staates. Die neue Reichsregierung wird also auf